

Stadt Reutlingen 67 Task-Force Klima und Umwelt Gz.: 67-Zi/Mi		21/043/01	25.01.2020
Beratungsfolge	Datum	Behandlungszweck/-art	Ergebnis
GR	28.01.2021	Kenntnisnahme öffentlich	
JGR	03.02.2021	Kenntnisnahme öffentlich	
Mitteilungsvorlage Klimaschutz in Reutlingen Arbeitsschwerpunkte der Task-Force Klima und Umwelt in 2021 und 2022 - Antrag des Jugendgemeinderats vom 30.10.2019 - Antrag des Jugendgemeinderats vom 04.01.2021			
Bezugsdrucksache 13/070/01, 17/124/01, 17/124/02, 19/01 JGR, 19/005/079, 20/007/21, 20/037/01, 20/090/01, 20/091/01, 20/08 JGR, 21/043/02			

Kurzfassung

Klimabedingte Risiken für Lebensgrundlagen, Gesundheit, Ernährungssicherheit, Wasserversorgung, menschliche Sicherheit und Wirtschaftswachstum werden mit zunehmender Erderwärmung weiter ansteigen. Um das im Pariser Klimaschutzabkommen vereinbarte Ziel, die Erderwärmung im globalen Mittel auf deutlich unter 2 °C – möglichst auf 1,5 °C – zu begrenzen, einzuhalten, müssen die Treibhausgasemissionen schnell deutlich reduziert werden und netto null erreichen.

Daher wurde von Herrn Oberbürgermeister Keck eine Task-Force Klima und Umwelt eingerichtet, die in Zusammenarbeit mit den Ämtern der Stadtverwaltung, den Eigenbetrieben, den städtischen Tochterunternehmen und der Stadtgesellschaft den Klimaschutz intensivieren und zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen initiieren wird. Die Stadt Reutlingen soll bei der Erreichung des Ziels der Klimaneutralität eine Vorreiterrolle übernehmen. Um Klimaschutz in der Stadtgesellschaft umzusetzen, sind Information, Beratung und Netzwerkarbeit erforderlich. Um Klimaneutralität zielgerichtet und abgestimmt zu erreichen, wird ein Konzept für eine klimaneutrale Stadt benötigt. Teil dieses Konzepts werden detaillierte Pläne für einzelne Handlungsfelder, beispielsweise in Form eines Energienutzungsplans, sein. Um den komplexen Prozess zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität zu steuern, ist ein Monitoring zur Erfassung des jeweils aktuellen Stands und Kontrolle des Erreichens von Zwischenzielen und die Evaluierung der Wirkung von Klimaschutzmaßnahmen notwendig. Die Folgen des Klimawandels können mit Klimaanpassungsmaßnahmen abgemildert werden.

Ausmaß und Folgen des Klimawandels

Die durch menschliche Aktivitäten in die Erdatmosphäre ausgestoßenen Treibhausgase haben, verglichen mit dem vorindustriellen Temperaturniveau, bereits zu einer Erderwärmung um etwa 1 °C im globalen Mittel geführt. Das Ausmaß der Erwärmung unterscheidet sich je nach Region und Jahreszeit. In Deutschland ist das Jahresmittel der Lufttemperatur von 1881 bis 2018 bereits um 1,5 °C angestiegen. Mit der Erwärmung gehen Änderungen weiterer Klimaparameter einher. Die Wahrscheinlichkeiten für das Auftreten von Extremwetterereignissen wie Starkregen und damit einhergehenden Sturzfluten steigen. Die Häufigkeit und Intensität von heißen Tagen und Hitzeperioden, Trockenstress und Dürren nehmen

zu. Niedrige Grundwasserstände werden häufiger. Die Risiken für Bodenerosion und Waldbrände wachsen. Der Meeresspiegel steigt und die Intensität von Sturmfluten nimmt zu.¹

Die durch den anthropogenen Treibhausgasausstoß verursachte Erderwärmung und die damit ausgelösten zusätzlichen Änderungen im Klimasystem werden für Jahrhunderte bis Jahrtausende bestehen bleiben und bei fortgesetztem Treibhausgasausstoß weiter zunehmen. Je stärker die Erderwärmung zunimmt, desto stärker sinken der pH-Wert und der Sauerstoffgehalt der Ozeane und desto gravierender sind die Folgen für terrestrische und marine Ökosysteme, Biodiversität und das Aussterben von Arten. Mit zunehmender Erderwärmung wird wahrscheinlicher, dass selbstverstärkende, den Klimawandel weiter beschleunigende Prozesse wie die Freisetzung der Treibhausgase CO₂ und Methan durch das Auftauen der Permafrostböden oder die verminderte Rückstrahlung von Sonneneinstrahlung in das Weltall aufgrund des Abschmelzens von Eisschilden und Meereis ausgelöst und beschleunigt werden. Klimabedingte Risiken für Lebensgrundlagen, Gesundheit, Ernährungssicherheit, Wasserversorgung, menschliche Sicherheit und Wirtschaftswachstum werden mit zunehmender Erderwärmung weiter ansteigen. Die Auswirkungen des Klimawandels und die damit verbundenen Risiken sind bei einer Erwärmung um 2 °C oder mehr im globalen Mittel bis 2100 deutlich größer wie bei einer Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 °C.²

Klimaschutzziele

Durch das am 12.12.2015 geschlossene und am 04.11.2016 in Kraft getretene Pariser Klimaschutzabkommen wurde von der Weltgemeinschaft das Ziel vereinbart, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 °C – möglichst auf 1,5 °C – über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Die Begrenzung der Erderwärmung setzt eine Begrenzung der kumulativen anthropogenen Treibhausgasemissionen seit dem vorindustriellen Zeitalter voraus, also das Einhalten eines Treibhausgasbudgets. Der überwiegende Anteil der anthropogenen Erderwärmung ist auf das Treibhausgas CO₂ zurückzuführen. Das für eine Einhaltung des 1,5 °C-Ziels noch verbleibende CO₂-Budget wird derzeit durch Emissionen von jährlich rund 42 Gt CO₂ aufgebraucht. Wenn die Erwärmung mit der aktuellen Geschwindigkeit weiter zunimmt, wird eine Erwärmung um 1,5 °C im globalen Mittel wahrscheinlich zwischen 2030 und 2052 erreicht.² Um das 1,5 °C-Ziel einzuhalten, müssen die Treibhausgasemissionen schnell deutlich reduziert werden und netto null erreichen. Netto null Treibhausgasemissionen sind erreicht, wenn die Treibhausgasemissionen durch anthropogene CO₂-Entnahmen aus der Atmosphäre ausgeglichen werden.

Um dem Klimawandel wirksam entgegenzutreten, bedarf es verbindlicher internationaler und nationaler Initiativen, aber auch konsequenten und engagierten Handelns im Land und vor Ort.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben sich am 11.12.2020 im Europäischen Rat darauf geeinigt, ihre bisherigen Klimaschutzziele durch ambitioniertere Ziele zu ersetzen.

¹ UMWELTBUNDESAMT (Hrsg.) (2019): Monitoringbericht 2019 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie der Bundesregierung. Dessau-Roßlau. URL: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/das_monitoringbericht_2019_barrierefrei.pdf (abgerufen am: 21.12.2020)

² DEUTSCHE IPCC-KOORDINIERUNGSSTELLE, DLR PROJEKTRÄGER „UMWELT UND NACHHALTIGKEIT“, UMWELTBUNDESAMT, PROCLIM, AKADEMIE DER NATURWISSENSCHAFTEN SCHWEIZ (Hrsg.) (2018): 1,5 °C globale Erwärmung. Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. Ein IPCC-Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5 °C gegenüber vorindustriellem Niveau und die damit verbundenen globalen Treibhausgasemissionspfade im Zusammenhang mit einer Stärkung der weltweiten Reaktion auf die Bedrohung durch den Klimawandel, nachhaltiger Entwicklung und Anstrengungen zur Beseitigung von Armut. Bonn, Wien, Bern. URL: https://www.de-ipcc.de/media/content/SR1.5-SPM_de_barrierefrei.pdf (abgerufen am: 21.12.2020)

Die Treibhausgasemissionen der EU sollen bis 2030 um mindestens 55 % statt zuvor um mindestens 40 % gegenüber 1990 sinken und 2050 netto null erreichen. Bis Juni 2021 wird die Europäische Kommission Legislativvorschläge für die Bereiche Emissionshandel, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Straßenverkehr sowie Landnutzung, Landwirtschaft und Forstwirtschaft ausarbeiten, mit denen die ambitionierteren Ziele erreicht werden sollen.

Die Bundesregierung hat 2016 in ihrem „Klimaschutzplan 2050“ festgelegt, dass der Treibhausgasausstoß verglichen mit dem Niveau von 1990 bis 2030 um 55 % und bis 2050 um 80 bis 95 % reduziert werden soll.

Die Landesregierung verfolgt mit der am 14.10.2020 vom Landtag beschlossenen Novellierung des Klimaschutzgesetzes das Ziel, den Treibhausgasausstoß verglichen mit dem Niveau von 1990 bis 2030 um 42 % und bis 2050 um 90 % zu reduzieren (vgl. GR-Drs 21/043/02).

Das in 2013 erarbeitete und in 2014 vom Gemeinderat beschlossene Klimaschutzkonzept für die Stadt Reutlingen sieht vor, die Treibhausgasemissionen in Reutlingen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um 35 % zu reduzieren (vgl. GR-Drs 13/070/01).

Die Klimaschutzbemühungen müssen intensiviert werden, wenn die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens erreicht werden sollen.

Entscheidend ist, die Treibhausgasemissionen schnell stark zu senken. Je stärker der Treibhausgasausstoß in den kommenden Jahren gesenkt wird, desto mehr Zeit bleibt, bis das mit dem 1,5 °C-Ziel verknüpfte Treibhausgasbudget aufgebraucht ist und Klimaneutralität erreicht sein muss. Es bliebe insgesamt mehr Zeit für die Transformation und dafür, Technologien für die Eliminierung schwieriger zu vermeidender Treibhausgasemissionen und für die Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre zu entwickeln und zur Marktreife zu bringen.

Die Kosten für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen amortisieren sich häufig bereits auch rein betriebswirtschaftlich nach wenigen Jahren. Die gesamtgesellschaftlichen Kosten eines unbegrenzten Klimawandels wären um ein Vielfaches höher als die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen.

Klimaschutzstrategie der Stadt Reutlingen

Am 28.07.2020 wurde von der Stadtverwaltung angekündigt, dass Stadtverwaltung und Eigenbetriebe bis spätestens 2040 klimaneutral sein und städtische Tochterunternehmen hierbei eingebunden werden sollen und dass ein Konzept für eine klimaneutrale Gesamtstadt erarbeitet werden soll (vgl. GR-Drs 20/007/21). Das Ziel, bis 2040 eine klimaneutrale Stadtverwaltung zu erreichen, wurde durch die Stadt Reutlingen im September 2020 mit dem Beitritt zum Klimaschutzpakt des Landes Baden-Württemberg bekräftigt.

Klimaschutz betrifft die Handlungsfelder Stromversorgung, Wärmeversorgung, Mobilität, Bau und Sanierung, Rohstoffgewinnung, Produktion von Gütern und Dienstleistungen, Beschaffung und Konsum, Abfallvermeidung und Abfallverwertung, Landnutzung und Naturschutz. Auf diese Handlungsfelder kann auf den Handlungsebenen Suffizienz, Konsistenz, Effizienz, Dekarbonisierung und Kompensation durch die Instrumente der Treibhausgasbepreisung bzw. des Emissionszertifikatehandels, des Planungsrechts, der Gebote und Verbote, der Koordination, der Förderprogramme sowie der Information, Beratung und Motivation eingewirkt werden.

Nicht alle relevanten Handlungsfelder und nicht alle relevanten Instrumente, mit denen der Prozess zur Erreichung von Klimaneutralität gestaltet werden kann, unterliegen dem direkten

kommunalen Einfluss (vgl. Abb. 1). Die Kommunen sind bei der Gestaltung dieses Prozesses auch vom Handeln der EU, des Bundes und des Landes abhängig. Die Stadtverwaltung wird darum im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinwirken, dass von diesen die für wirkungsvollen Klimaschutz notwendigen Bedingungen geschaffen werden (vgl. Drs 19/01 JGR e)). Unabhängig davon, dass die Stadt Reutlingen beim Klimaschutz auch vom Handeln der EU, des Bundes und des Landes abhängig ist, fällt der Stadtverwaltung bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen vor Ort eine Schlüsselrolle zu. Das Erreichen von Klimaneutralität erfordert einen Transformationsprozess, der der strategischen Planung, Steuerung und koordinierten Umsetzung bedarf.

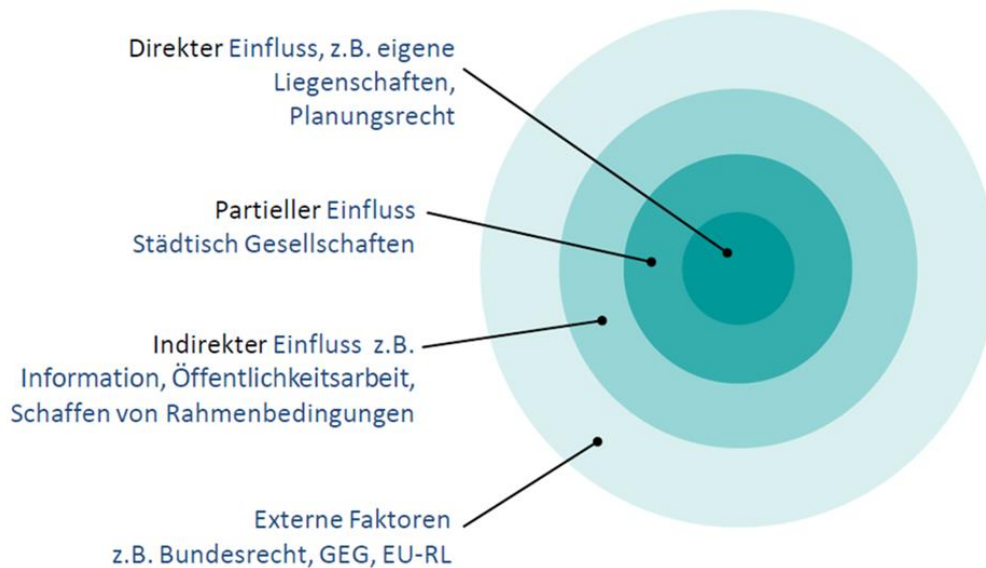


Abb. 1: Kommunale Einflussphasen im Klimaschutz. Quelle: KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH.

Aus diesem Grund wurde von Herrn Oberbürgermeister Keck zum 01.10.2020 innerhalb der Stadtverwaltung eine Task-Force Klima und Umwelt eingerichtet. In der Task-Force Klima und Umwelt werden die bisherigen Aufgaben des Umweltschutzbeauftragten und des Klimaschutzmanagers weitergeführt. Zusätzlich wurde die Task-Force Klima und Umwelt um 1,5 Personalstellen verstärkt. Die Bildung der Task-Force Klima und Umwelt ermöglicht, dass die Initiierung zusätzlicher Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, die Einwerbung von Fördermitteln aus der vielfältigen Förderlandschaft, die gemeinsame Umsetzung dieser Maßnahmen mit Ämtern, Eigenbetrieben, städtischen Tochterunternehmen und der Stadtgesellschaft intensiviert werden können. Durch die Koordinierung der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen durch die Task-Force Klima und Umwelt entstehen Synergieeffekte. Die Task-Force Klima und Umwelt wird den Klimaschutz und die Klimaanpassung strategisch-konzeptionell weiterentwickeln.

Zusätzlich zur Bearbeitung laufender Aufgaben in den Themenfeldern Klimaschutz, Klimaanpassung und Luftreinhaltung beabsichtigt die Task-Force Klima und Umwelt, die nachfolgend beschriebenen Schwerpunkte in 2021 und 2022 zu bearbeiten. Zu den unten beschriebenen Arbeitsschwerpunkten kommt unter anderem die von der Task-Force Klima und Umwelt koordinierte Erstellung eines Energienutzungsplans hinzu (siehe auch GR-Drs 21/043/02).

Arbeitsschwerpunkte der Task-Force Klima und Umwelt in 2021 und 2022

1. Information, Beratung und Netzwerkarbeit

Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Alle sind verantwortlich und jeder ist betroffen und gefordert. Gemeinsames Handeln ist gefragt. Kommunale Liegenschaften verursachen lediglich rund 1 % der innerhalb der Gemarkung der Stadt Reutlingen emittierten Treibhausgasemissionen. Zentrale Elemente für das Erreichen von Klimaneutralität in der gesamten Stadtgesellschaft sind darum die Information und Beratung von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen sowie Netzwerkarbeit und die Schaffung eines „Runden Tisches Klimaschutz“ mit Beteiligung sämtlicher Akteurinnen und Akteure. Über die Gemarkungsgrenze der Stadt Reutlingen hinaus sind die Vernetzung und Zusammenarbeit mit Akteurinnen und Akteuren aus der Region sinnvoll (vgl. Drs 19/01 JGR d)).

Die in den letzten Jahren bereits durchgeführten Projekte wie z.B. „Kleine Klimaschützer unterwegs“, Bildungsprojekte an Schulen, den Reutlinger „Ofenführerschein“ oder die Teilnahme an den Reutlinger Energietagen werden – in Abhängigkeit von den jeweils geltenden Pandemiebedingungen – fortgeführt.

Damit in Reutlingen die Information, Beratung und Netzwerkarbeit zum Klimaschutz über den bereits bestehenden Umfang hinaus intensiviert werden kann, ist, wie auch in anderen Städten vergleichbarer Größe, die Schaffung einer explizit mit diesen Aufgaben betrauten Personalstelle erforderlich. Über die Bereitstellung der hierfür erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von rund 72.000 Euro pro Jahr für Personalkosten sowie rund 31.000 Euro pro Jahr für Sachausgaben jeweils ab 2022 ist im Rahmen der Beratungen zum kommenden Doppelhaushalt durch den Gemeinderat zu beraten und entscheiden.

2. Konzept für eine klimaneutrale Stadt

Im Dialog mit allen interessierten gesellschaftlichen Gruppen (Wirtschaft, soziale Einrichtungen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Vereinen und Verbänden, Religionsgemeinschaften), dem Gemeinderat, dem Jugendgemeinderat, Vertreterinnen und Vertretern der Fridays-for-Future-Bewegung soll die Klimaschutzstrategie für die Stadt Reutlingen weiterentwickelt werden.

Ziel ist die Erarbeitung eines Konzepts für eine klimaneutrale Stadt. Dabei wird es darum gehen, sich über die Definition und das Zieljahr der Klimaneutralität zu verständigen und im Hinblick darauf die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen zu intensivieren und zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen (vgl. Drs 19/01 JGR a), h) und i)). In diesem Prozess kann die vom Jugendgemeinderat vorgeschlagene Erarbeitung eines Klimaschutzprogramms nach dem Beispiel des Forderungspapiers von Fridays for Future Braunschweig mit allen beteiligten Akteurinnen und Akteuren diskutiert werden (vgl. Drs 19/01 JGR b)). Letztlich soll ein mit allen beteiligten Gruppen abgestimmter, tragfähiger Konsens für einen ambitionierten Klimaschutz mit definierten Minderungspfaden für die Treibhausgasemissionen in den einzelnen Handlungsfeldern erarbeitet werden, zu dessen Umsetzung sich nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch möglichst viele der beteiligten Akteurinnen und Akteure verpflichten.

In das Konzept für eine klimaneutrale Stadt Reutlingen sollen detaillierte Ausarbeitungen für einzelne Handlungsfelder integriert werden. Für die Handlungsfelder Strom- und Wärmeversorgung wird dieses in Form eines Energienutzungsplans, der mit Hilfe von Quartiers- und Sanierungsmanagement umgesetzt werden soll, erfolgen. Für das Handlungsfeld Mobilität kann dieses in Form eines Klimamobilitätsplans geschehen (vgl. GR-Drs 21/043/02).

Für die Durchführung und Steuerung des oben beschriebenen Prozesses mit breit angelegter Akteurs- und Öffentlichkeitsbeteiligung, die Prüfung zusätzlicher Klimaschutzmaßnahmen und die Erstellung des Konzepts für eine klimaneutrale Stadt werden finanzielle Mittel in Höhe von rund 200.000 Euro benötigt. Um diesen Prozess effektiver und zeitlich gestraffter durchführen zu können, ist die Schaffung einer zusätzlichen Personalstelle sinnvoll (vgl. Drs 19/01 JGR f)). Für diese zusätzliche Personalstelle werden rund 72.000 Euro pro Jahr benötigt (in 2021 anteilig je nach Dienstantritt). Eine mögliche Förderung von 65 % der Kosten für die Personalstelle über das Programm Klimaschutz Plus des Landes wird geprüft. Im Falle einer Förderung verbliebe für die Stadt Reutlingen die Bereitstellung von Komplementärmitteln in Höhe von rund 25.200 Euro pro Jahr. Über die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen und personellen Mittel ist im Rahmen der Beratungen zum kommenden Doppelhaushalt durch den Gemeinderat zu beraten und entscheiden.

3. Klimaneutrale Stadtverwaltung, Eigenbetriebe und städtische Tochterunternehmen

Als ein Baustein für die Erreichung des Ziels der Klimaneutralität in Stadtverwaltung, Eigenbetrieben und städtischen Tochterunternehmen wurde von der Hochschule Reutlingen in Kooperation mit der Stadt Reutlingen ein Antrag beim Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg zur Förderung des Reallabors „Klima-RT-LAB“ gestellt (vgl. GR-Drs 20/090/01). Das Reallabor fokussiert in Stadtverwaltung, Eigenbetrieben und städtischen Tochterunternehmen die vier Handlungsfelder klimaneutrale Energieversorgung, klimaneutrale Mobilität, klimaneutrale Gebäude und Betriebe und klimaneutrales Organisieren und Handeln. Eine Entscheidung über diesen Förderantrag wird Anfang 2021 erwartet. Bei einer Förderzusage wird das Vorhaben städtischerseits durch die Task-Force Klima und Umwelt koordiniert.

Zu den bereits laufenden klimaschutzrelevanten Maßnahmen innerhalb der Stadtverwaltung, den Eigenbetrieben und den städtischen Tochterunternehmen gehören beispielsweise im Bereich Mobilität der Ausbau der Fahrzeugflotte mit klimaneutralen Antrieben und der Ladeinfrastruktur, das Job-Ticket für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die finanzielle Förderung zum Kauf bzw. Leasing eines Fahrrads durch städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Ausbau sicherer Fahrradabstellmöglichkeiten in der Tiefgarage Rathaus und im Bereich Energie die Gebäudesanierung, Energiemanagement und Energieeinsparcontracting und die Produktion von Ökostrom durch eigene Anlagen. Eine Intensivierung und Ergänzung der Klimaschutzmaßnahmen ist erforderlich. Diese sollen durch die Task-Force Klima und Umwelt in Zusammenarbeit mit den städtischen Ämtern, den Eigenbetrieben und den städtischen Tochterunternehmen gemeinsam weiter vorangetrieben werden.

Ähnlich wie für die Gesamtstadt müssen auch für die Stadtverwaltung, die Eigenbetriebe und die städtischen Tochterunternehmen Minderungspfade für die Treibhausgasemissionen in den einzelnen Handlungsfeldern definiert und Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele erarbeitet werden. Da die Handlungsfelder und Problemstellungen für Stadtverwaltung, Eigenbetriebe und städtische Tochterunternehmen und Akteurinnen und Akteure der Stadtgesellschaft in vielen Fällen deckungsgleich oder ähnlich sind, ist eine (Teil-)Integration des Prozesses zur Erreichung von Klimaneutralität in Stadtverwaltung, Eigenbetrieben und städtischen Tochterunternehmen in das oben beschriebene Konzept für eine klimaneutrale Stadt sinnvoll. Ob dieses auch aus fördertechnischer Sicht sinnvoll ist, wird derzeit geprüft.

4. Monitoring und Evaluation

4.1 Energie- und Treibhausgasbilanzierung

Um den Fortschritt und gegebenenfalls Nachsteuerungsbedarf auf dem Weg zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität in Stadtverwaltung, Eigenbetrieben, städtischen Tochterunternehmen und der Gesamtstadt feststellen zu können, müssen Minderungspfade für die Treibhausgasemissionen mit Zwischenzielen festgelegt und diese regelmäßig Energie- und

Treibhausgasbilanzen gegenübergestellt werden. Um eine Vergleichbarkeit der Energie- und Treibhausgasbilanzen zu gewährleisten, müssen Standards erarbeitet werden, die von Stadtverwaltung, Eigenbetrieben, städtischen Tochterunternehmen und für die Gesamtstadt einheitlich angewendet werden.

Mit Hilfe der Bilanzierungen soll in den städtischen Gremien regelmäßig über den Stand des Klimaschutzes, über Fortschritte und Herausforderungen, berichtet werden (vgl. Drs 19/01 JGR c)).

Die für den Aufbau eines solchen Bilanzierungssystems, z.B. für Software und externe Dienstleistungen, benötigten finanziellen Mittel werden auf rund 5.000 Euro in 2021 und 15.000 Euro in 2022 geschätzt. Die Vereinbarung einheitlicher Standards bei Energie- und Treibhausgasbilanzierungen und gegebenenfalls, wo nicht bereits erfolgt, die Einführung dieser Bilanzierungen sollen mit allen Beteiligten in einem gemeinsamen Prozess abgestimmt werden. Hierfür werden rund 36.000 Euro pro Jahr für 0,5 zusätzliche Personalstellen benötigt (in 2021 anteilig je nach Dienstantritt). Eine mögliche Förderung über das Programm Klimaschutz Plus des Landes wird geprüft. Im Falle einer Förderung verbliebe für die Stadt Reutlingen die Bereitstellung von Komplementärmitteln in Höhe von rund 12.600 Euro pro Jahr. Über die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen und personellen Mittel ist im Rahmen der Beratungen zum kommenden Doppelhaushalt durch den Gemeinderat zu beraten und entscheiden.

4.2 Klimawirkungsprüfung

Ein weiteres Steuerungsinstrument im Bereich Klimaschutz ist eine einheitliche durchgängig für alle Beschlussvorlagen des Gemeinderats durchgeführte Klimawirkungsprüfung. Mit Hilfe einer Klimawirkungsprüfung können kommunale Vorhaben, von der ersten Idee bis hin zu Beschlussvorlagen, auf deren Klimarelevanz und Klimawirkung hin überprüft und optimiert werden (vgl. Drs 19/01 JGR g)). Dabei werden die folgenden drei wesentlichen Aspekte geprüft:

- Hat das Vorhaben Klimarelevanz?
- Welche Klimawirkung hat das Vorhaben?
- Bestehen Optimierungspotentiale oder Alternativen?

Die Implementierung der Klimawirkungsprüfung soll mit allen Beteiligten in einem gemeinsamen Prozess abgestimmt werden. Hierfür werden rund 36.000 Euro pro Jahr für 0,5 zusätzliche Personalstellen benötigt (in 2021 anteilig je nach Dienstantritt). Eine mögliche Förderung über das Programm Klimaschutz Plus des Landes wird geprüft. Im Falle einer Förderung verbliebe für die Stadt Reutlingen die Bereitstellung von Komplementärmitteln in Höhe von rund 12.600 Euro pro Jahr. Über die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen und personellen Mittel ist im Rahmen der Beratungen zum kommenden Doppelhaushalt durch den Gemeinderat zu beraten und entscheiden.

4.3 European Energy Award

Der European Energy Award ist ein internationales Qualitätsmanagement- und Zertifizierungsinstrument für kommunalen Klimaschutz. Mit dem Award werden bereits seit mehr als zehn Jahren zahlreiche Kommunen in Deutschland und Europa ausgezeichnet.

Die Stadt Reutlingen wurde erstmals in 2017 mit dem European Energy Award ausgezeichnet (vgl. GR-Drs 17/124/01 und 17/124/02). Nach dem internen Audit im Jahr 2019 (vgl. GR-Drs 20/037/01) steht nun Ende 2021 die Rezertifizierung an. Für die Rezertifizierung muss unter anderem ein neuer Maßnahmenplan für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen bis 2026 erstellt werden. Dieser muss wiederum vom Gemeinderat beschlossen werden.

Die Task-Force Klima und Umwelt koordiniert und steuert diese Rezertifizierung. Derzeit werden von allen beteiligten Ämtern, Eigenbetrieben und Tochtergesellschaften Maßnahmen zusammengestellt, welche in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen. Die dafür notwendigen Finanzmittel werden in den jeweiligen Haushalten angemeldet.

Die Kosten für das Rezertifizierungsverfahren liegen ohne laufende Begleitkosten insgesamt bei circa 5.500 Euro.

5. Klimaanpassung

Unser wichtigstes Ziel ist es, die Treibhausgasemissionen schnell zu senken, Klimaneutralität zu erreichen und den Klimawandel zu begrenzen. Gleichzeitig ist es sinnvoll, die durch den Klimawandel bereits hervorgerufenen und nicht mehr vermeidbaren klimatischen Veränderungen durch Klimaanpassungsmaßnahmen abzumildern, um für die Bevölkerung mittel- und langfristig Lebensqualität und Sicherheit, insbesondere im Siedlungsraum, aber auch in den land- und forstwirtschaftlich genutzten Erholungsräumen zu gewährleisten. Aufbauend auf der Vulnerabilitätsanalyse (vgl. GR-Drs 20/091/01) schlägt die Task-Force Klima und Umwelt vor, im nächsten Schritt ein Klimaanpassungskonzept zu erarbeiten. Die Federführung hierfür liegt bei der Task-Force Klima und Umwelt.

Für die Erarbeitung des Klimaanpassungskonzepts werden finanzielle Mittel in Höhe von rund 200.000 Euro (davon 10.000 Euro in 2021, 95.000 Euro in 2022 und 2023) benötigt. Nach Fortschreibung des Förderprogrammes KLIMOPASS des Landes könnte eine Förderung des Klimaanpassungskonzepts mit einer Förderquote in Höhe von 70 % möglich sein. Alternativ ist eine Fördermöglichkeit über das Bundesprogramm "Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels" des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit für innovative Konzepte und Modellprojekte von Kommunen mit regionaler oder lokaler Kooperation zur Anpassung an Folgen des Klimawandels durch Initiativen zur Bewusstseinsbildung, zum Dialog und zur Beteiligung sowie zur Vernetzung und Kooperation zu prüfen. Dieses Förderprogramm wird derzeit novelliert und soll im ersten Quartal 2021 veröffentlicht werden. Nach Abzug von Fördermitteln könnte der notwendige Eigenanteil auf circa 60.000 Euro sinken.

Die in der GR-Drs 20/091/01 erwähnte, ergänzende Freiflächenentwicklungskonzeption erfolgt im Budget des Amtes für Tiefbau, Grünflächen und Umwelt, Fachgebiet Grünplanung.

Weiterhin besteht die Möglichkeit für Klimaanpassungsmaßnahmen, durch deren Umsetzung besonders vulnerable (verwundbare) Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Kinder, Jugendliche und Senioreninnen und Senioren, vor den Auswirkungen der Klimaveränderungen geschützt werden sollen, einen Förderantrag zum Förderaufruf „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zu stellen. Über dieses Förderprogramm können bis 2023 Fördermittel mit einer Förderquote von bis zu 90 % für konzeptionelle und investive Maßnahmen abgerufen werden. Da Erfahrungen aus Klimaanpassungskonzepten anderer Städte bisher nicht vorliegen, ist eine Kostenschätzung schwierig. Hier soll weiter vorgegangen werden, sobald es die Kapazitäten der Fachämter erlauben.

Über die Bereitstellung der für die Klimaanpassung erforderlichen finanziellen Mittel ist im Rahmen der Beratungen zum kommenden Doppelhaushalt durch den Gemeinderat zu beraten und entscheiden.

Budget der Task-Force Klima und Umwelt

Teile des Budgets der Task-Force Klima und Umwelt im Doppelhaushalt 2021/22 könnten aus der Personalkostenhochrechnung des Hauptamtes für die der Task-Force zugeordneten 3,5 Personalstellen und einem bisher beim Amt für Tiefbau, Grünflächen und Umwelt

veranschlagten Sachmittelbudget von knapp 260.000 Euro sowie der Kostenerstattung für die kommunale Wärmeplanung bzw. den kommunalen Energienutzungsplan durch das Land zusammengestellt werden.

Für das Jahr 2021 sind die in dieser Vorlage und die in der GR-Drs 21/043/02 beschriebenen Maßnahmen und Aktivitäten mit einem Sachmittelbudget von 260.000 Euro finanzierbar.

Für das Jahr 2022 werden darüber hinaus für die Arbeitsschwerpunkte „2. Konzept für eine klimaneutrale Stadt“, „3. Klimaneutrale Stadtverwaltung, Eigenbetriebe und städtische Tochterunternehmen“ und „4.1 Energie- und Treibhausgasbilanzierung“ zusätzlich rund 199.000 Euro benötigt. 81.000 Euro davon entfallen auf 1,5 Personalstellen (davon 1,0 Stellen für die Erstellung des Konzepts für eine klimaneutrale Stadt inklusive breit angelegter Öffentlichkeitsbeteiligung und 0,5 Stellen für die Implementierung eines standardisierten Energie- und Treibhausgasbilanzierungssystems).

Um im Arbeitsschwerpunkt „1. Information, Beratung und Netzwerkarbeit“ die Aktivitäten über den bisherigen Umfang hinaus ausbauen und intensivieren zu können, werden in 2022 zusätzlich rund 87.000 Euro, davon 72.000 Euro für die Schaffung einer Personalstelle und 15.000 Euro für Sachausgaben benötigt.

Im Arbeitsschwerpunkt „4.2 Klimawirkungsprüfung“ sind für die Implementierung und Durchführung einer Klimawirkungsprüfung für Beschlussvorlagen des Gemeinderats in 2022 zusätzlich rund 27.000 Euro für 0,5 Personalstellen erforderlich.

Über das vor wenigen Tagen veröffentlichte Programm Klimaschutz Plus des Landes können die Personalkosten von zwei Beauftragten für Klimaneutralität in Kommunalverwaltungen mit einer Förderquote von 65 % über drei Jahre mit einer Verlängerungsoption auf fünf Jahre gefördert werden. Ob die Förderung von zwei der insgesamt drei oben genannten Personalstellen über das Programm Klimaschutz Plus möglich ist, wird derzeit geprüft.

Um die Umsetzung des Energienutzungsplans vorzubereiten und um zügig in den Handlungsfeldern „Energetische Gebäudesanierung“ und „Klimaneutrale Wärmeversorgung“ mit Aktionen und Beratungen zu beginnen, ist die Schaffung der Personalstelle eines Sanierungsmanagers erforderlich (siehe auch GR-Drs 21/043/02). Hierfür werden in 2022 zusätzlich rund 77.000 Euro, davon 72.000 Euro für die Personalstelle des Sanierungsmanagers und 5.000 Euro für Sachausgaben benötigt. Die Schaffung von Personalstellen für Sanierungsmanager wird vom Bund über das Programm „Energetische Stadtsanierung“ für drei Jahre mit einer Verlängerungsoption auf fünf Jahre mit einer Förderquote von 65 % unterstützt.

Für den Arbeitsschwerpunkt „5. Klimaanpassung“ werden für die Erstellung eines Klimaanpassungskonzepts in 2022 zusätzlich rund 85.000 Euro benötigt.

Mit dieser Vorlage sind aus Sicht der Verwaltung die Anträge des Jugendgemeinderats vom 30.10.2019 (Drs 19/01 JGR) und vom 04.01.2021 (Drs 20/08 JGR) erledigt.

gez. Ulrike Hotz

Anlage